Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens; für Bewohner in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.“) zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt“ oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

21 Am See. | **Fabrik für Cotillon- und Ballartikel Oscar Fischer.** | Am See 21.

Hüte jeder Art empfiehlt **Otto Buchholz** Hutfabrikant 28 **Annenstrasse** 28

Aug. Kühnschert & Söhne Dresden-A., Grosse Plauensche Strasse 20. Werkstätten für Eisenkonstruktionen u. Maschinenbau, Bau- u. Kunstschlosserei, Kunstschmiede. — Gegr. 1840. Specialität: **Aufzüge** für Personen, Waaren, Speisen etc. mit elektrischem, hydraulischem, Transmissions- und Handbetrieb.

Vorzügliche Gummischläuche — E. Böhme's rother Gartenschlauch.

Geradehalter für Herren, Damen und Kinder, **leicht, bequem** und äusserst **wirksam,** bei Herren und Knaben die Hosenträger ersetzend, zum Preise von **3—6 Mk.** stets vorräthig beim Vertertiger, **Bandagist** und **Orthopäd**

M. H. Wendschuch sen., nur **Marienstr. 22b** im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 288. Spiegel: Graf Bülow über den Zolltarif. Militär-[illegible], Allgem. Turnverein, Victoria-Salon, Gerichtsverhandl. „Kaufmann von Venedig“, Gewerbehaus-Concerte. | Muthmaßl. Witterung: **Kühler, zu Regen neigend.** | **Sonnabend, 18. Oktober 1902.**

Zur Rede des Reichskanzlers.

Die Bedeutung der großen Rede des Reichskanzlers, die den **zweiten Akt des** Kampfes um den neuen Zolltarif im Reichstage **eingeleitet hat,** beruht nicht sowohl auf ihren sachlichen Ausführungen, die nach Lage der Dinge nichts wesentlich Neues mehr bieten **können,** als vielmehr darin, ob und inwieweit die Erklärungen des Grafen Bülow die Bereitwilligkeit der verbündeten Regierungen erkennen lassen, in letzter Stunde auf dem Boden eines **Kompromisses** ein positives Endergebniß zu ermöglichen, also einer **Verständigung,** bei der beide Theile, der Bundesrath und die schutzzöllnerische Reichstagsmehrheit, nachgeben und einander auf einer mittleren Linie entgegenkommen. Fehlt in den weiteren Stadien der Verhandlungen bei den Regierungen der Kompromißwille, dann erscheint das Schicksal der Tarifvorlage besiegelt. Denn darüber kann ein Zweifel nicht bestehen, daß der Regierungsentwurf in der zweiten Lesung im Plenum eine Mehrheit nicht finden wird. Nur die Nationalliberalen stellen sich auf den Regierungsstandpunkt, während die übrigen Parteien der Mehrheit, die beiden konservativen Fraktionen und das Centrum, eine hiervon abweichende Stellung einnehmen. Der Ausspruch des Vorsitzenden der Zolltarifkommission, des konservativen Abg. Rettich, die Nachgiebigkeit bis zum Regierungsentwurf würde der politische Tod seiner Partei sein, dürfte als Ausdruck der Gesinnungen gelten, die bei seinen politischen Freunden obwalten. Der vorliegende Beschluß der konservativen Fraktion erklärt nicht blos den Zolltarifentwurf der Regierungen für unannehmbar, er erachtet auch die Kompromißbeschlüsse der Kommission für nicht genügend, um die berechtigten Wünsche der Landwirthschaft zu berücksichtigen. Im Namen der freikonservativen Partei hat vorgestern im Reichstage der Abg. von Kardorff das Verbleiben bei den Kommissionsbeschlüssen ausgesprochen und eine gleichlautende Erklärung ist in der Hauptsache auch vom Centrum zu erwarten. Diese Positionen können allerdings insofern noch nicht als definitive angesehen werden, als bei allen drei Fraktionen der ernste Wille vorhanden ist, auf ein Kompromiß mit den Regierungen einzugehen. Es sind die Positionen vor dem Kompromiß; indeß läßt sich zur Zeit noch nicht ersehen, wie von ihnen aus die Brücke der Verständigung mit den Regierungen erreicht werden soll.

Der Reichskanzler hat zwar seine Rede mit der Hoffnung geschlossen, daß die oft bewährte Einsicht und Vaterlandsliebe des Reichstages zu einer Verständigung führen werden, die dem Gesammtinteresse des Landes entspricht. Aber offenbar setzt er dabei voraus, daß nur die Reichstagsmehrheit, nicht der Bundesrath Nachgiebigkeit zeigt. Die Entschiedenheit, mit der Graf Bülow erneut jede Konzession in der Frage der landwirthschaftlichen Zölle ablehnte, hat offenbar nicht einen taktischen Charakter, der auf das begreifliche Bestreben zurückzuführen wäre, daß die Regierungen bei dem Kompromiß derjenige Theil sein wollen, der schließlich das kleinere Maß von Entgegenkommen zu zeigen braucht, der dem Kompromiß das geringere Opfer bringt. Ein unabänderliches Unannehmbar klingt aus des Reichskanzlers Worten. Nach des Grafen Bülow Darstellung bedeutet jede Abweichung von derjenigen mittleren Linie, die der Regierungsentwurf gezogen hat, eine Veränderung des Regierungsstandpunktes in grundsätzlicher Beziehung, eine wesentliche Verschiebung der gesammten Zoll- und Handelspolitik der Regierungen, die darauf beruht, daß Deutschland weder ganz Agrar- noch ganz Industriestaat, sondern Agrar- **und** Industriestaat ist. Daß aus einer Erhöhung der Getreidezölle über die Regierungsvorlage hinaus wirklich die Gefahr entstehen kann, Deutschland werde überwiegend ein Agrarstaat auf Kosten der industriellen Entwickelung werden, hat der Reichskanzler nicht zu behaupten versucht und es würde ihm auch schwer geworden sein, dafür einen einigermaßen überzeugenden Nachweis zu führen. Er hat sich ohne jede Beweisführung mit der Erklärung begnügt, daß nur der von den Regierungen vorgelegte, in seinen landwirthschaftlichen Zöllen unveränderte Tarifentwurf im Stande sei, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Landwirthschaft und denen der Industrie zu schaffen. Nach des Kanzlers Versicherungen herrscht bei den Regierungen volle Einstimmigkeit darüber, daß „zwingende Gründe der Staatsraison mit gebieterischer Nothwendigkeit“ verbieten, einer Erhöhung der Mindestsätze für Getreide und einer Ausdehnung der Mindestzölle auf andere Artikel des Tarifs zuzustimmen.

Man würde diesen unumstößlichen Regierungsstandpunkt, der von vornherein jede Kompromißmöglichkeit ausschließt, begreiflich finden können, wenn es sich dabei nicht um Auffassungen und Ueberzeugungen, sondern um Sätze und Positionen handelte, die so feststehen und so unantastbar sind wie die Wahrheiten der Mathematik oder die Gesetze der Naturwissenschaft. Das konstitutionelle Leben besteht aber nicht darin, daß einseitig die Auffassungen und Ueberzeugungen der Regierung gegen die parlamentarische Mehrheit Geltung erlangen, als vielmehr darin, daß ein Ausgleich zwischen dem Willen der Regierung und demjenigen der Volksvertretung, der durch Mehrheitsbeschlüsse verkörpert wird, zu Stande kommt, daß die mittlere Linie, um dieses jetzt so vielgebrauchte Wort anzuwenden, gefunden wird, auf der gleichzeitig und in möglichst gleichem Maße der Regierung und dem Parlamente Rechnung getragen wird. Bundesrath und Reichstag sind gleichberechtigte Faktoren der Gesetzgebung und die eine Körperschaft kann nicht von der anderen verlangen, daß sie sich ihr bedingungslos unterordnet; denn sonst könnte von Gleichberechtigung nicht mehr die Rede sein. Wenn der Bundesrath für seine Beschlüsse nicht sofort die Zustimmung des Reichstages zu erlangen vermag, so ist es zunächst das Naturgemäße, sich auf ein Kompromißverfahren einzulassen. Graf Bülow hat sehr eindringlich vor der Obstruktion gewarnt, weil sie das Ansehen, die Stellung, das Schwergewicht der Parlamente und die parlamentarischen Institutionen selbst schädigen müsse. Mit gutem Recht hat der freikonservative Führer von Kardorff demgegenüber bemerkt, daß auch der Kanzler das Parlament herabsetzt, wenn er zu ihm sagt: „Friß Vogel oder stirb!“ Kein Geringerer als der große Vorgänger des Grafen Bülow, Fürst Bismarck, der Schöpfer der Reichsverfassung, hat oft genug dargelegt, daß das Lebensprinzip des Konstitutionalismus das Kompromiß ist, das auf beiderseitigen Konzessionen, der Regierung und des Parlaments, auf der gegenseitigen Nachgiebigkeit und der wechselseitigen Anerkennung beruht. Das Verfassungsleben nannte er einmal ein beständiges Kompromiß. Das Verhältniß des Bundesrathes zum Reichstage ist ein analoges wie dasjenige, das in Preußen zwischen der Regierung, dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhause besteht. In der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 21. Januar 1863 sagte Bismarck: „Die Basis des konstitutionellen Lebensprozesses ist überall das Kompromiß. Keinem der drei Faktoren der Gesetzgebung legt die Verfassung die Verpflichtung auf, sich den beiden anderen oder einem der beiden unterzuordnen. Ebenso wenig legt die Verfassung einer der drei Gewalten das Recht bei, ein: „Sic volo, sic jubeo“ zu sprechen, dem die anderen sich zu beugen hätten.“ In einer Rede Bismarck's, gehalten im Norddeutschen Reichstage in der Sitzung vom 2. April 1868, findet sich der Satz: „Wer das Ansehen der Kompromisse nicht ehrt, der ist für eine konstitutionelle Verfassung nicht reif; denn das Verfassungsleben besteht aus einer Reihe von Kompromissen.“ Auch im Reichstage hat sich der große Kanzler genau in demselben Sinne mehrfach über die Gleichberechtigung der Gesetzgebungsfaktoren ausgesprochen, so in der Sitzung vom 26. November 1884. Auch hier betonte er mit Nachdruck die wechselseitige Verpflichtung des Bundesrathes und des Reichstages, sich nach Möglichkeit in Einklang mit einander zu setzen und zwar auf dem Wege der Kompromisse: „Wenn aber Einer dem Anderen — was der Bundesrath noch niemals gethan hat — seinen Willen als Gesetz auferlegt, dann werden wir nicht vorwärts kommen, sondern werden die Gesetzgebung des Deutschen Reiches lahmlegen.“

In der Frage der Zolltarifreform will der Bundesrath thun, was er zuvor nach Bismarck's Zeugniß niemals gethan hat; er will der Reichstagsmehrheit bedingungslos seinen Willen auferlegen, selbst auf die Gefahr hin, daß das ganze Werk scheitert. Tritt dieser Fall wirklich ein, den der Abgeordnete von Kardorff wohl nicht mit Unrecht als ein nationales Unglück bezeichnet, so würden in erster Linie die verbündeten Regierungen, nicht die Reichstagsmehrheit, die Verantwortung dafür zu tragen haben, weil diese den Kompromißwillen gezeigt hat, jene ihn aber verweigert haben.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Oktober.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Der **Reichstag** setzt die zweite Berathung der **Zolltarifvorlage** bei den Bestimmungen über die **Mindestzollsätze für Roggen und Weizen** fort. Abg. **Antrick** (Soz.): Nicht eine schöne Bildsäule, wie Graf Posadowsky es gewünscht hat, sondern eine Mißgeburt ist aus der Kommission herausgekommen. Der Herr Reichskanzler möchte, daß wir nicht Obstruktion treiben, weil das das Ansehen des Parlaments schädigen würde. Wenn der Reichskanzler Lehren über Würde und Ansehen ertheilen will, so mag er diese Lehren lieber an eine Stelle richten, deren Verhalten den Burengeneralen gegenüber gerade in den letzten Tagen den Spott der ganzen gebildeten Welt herausgefordert hat. Wir werden jedenfalls Alles thun, um diesen Wechselbalg von Vorlage zu Fall zu bringen. Durch die gestrige Erklärung des Reichskanzlers, wonach die Annahme weitergehender Forderungen über den Entwurf hinaus ausgeschlossen sein soll, werden wir uns nicht täuschen lassen, denn die Regierung hat schon oft mit sich spielen lassen. Schon mit den Minimalsätzen der Vorlage würden wir in Handelskriege verwickelt werden. Das wollen ja auch die Agrarier. Lediglich die Grundrente der großen Güter wird durch den Zoll erhöht, das Vermögen der Großgrundbesitzer um 16 Mill. Mark gesteigert, wogegen die Landwirthschaft als solche von diesem Mehrwerth der Grundrente gar nichts hat. Die Entrüstung des Volkes über diesen Brotwucher suchen die Agrarier auf die Bäcker abzulenken, aber deren Verdienst ist gar nicht so groß, denn die Bäcker leiden nicht nur durch die agrarische Getreidevertheuerung, sondern auch durch eine Sorte Vampyre, nämlich durch die Hausagrarier. Mit ihrer sogenannten mittleren Linie belasten diese die Leute mit geringstem Einkommen ungefähr mit 30 Prozent, die Reichen dagegen mit noch nicht 3 Prozent. Das ist eine unheilvolle Raubpolitik. Redner bestreitet dann, daß die Löhne mit den Brotpreisen steigen würden. (Während dieser Ausführungen wird die Aufmerksamkeit des Hauses zeitweilig völlig von dem Redner abgelenkt durch das Erscheinen der **Burengenerale** in der Abgeordneten-Loge.) Die kleinen Beamten seien nicht viel besser dran, als die Arbeiter. Theuerungszulagen sind schon nöthig gewesen, wobei man freilich beim Kaiser mit der Civilliste angefangen habe, dann seien die höheren Beamten drangekommen, erst lange nachher die kleinen Beamten. Aber was man diesen etwa künftig an Zulagen gewähre, das schlage man ihnen jetzt im Voraus aus der Hand mit diesen Zollerhöhungen und Brotvertheuerungen. Mit solchen Wuchertarifen steigere man Noth und Entbehrung, und mit ihnen das Verbrechen und die Prostitution. Die Regierung, so schließt Redner nach dreieinhalbstündigen Ausführungen, sollte nur dem Volke durch die Wahlen Gelegenheit geben, ein Urtheil über die Vorlage abzugeben. Ich bin überzeugt, das Volk wird nicht nur diesen Zolltarif wegfegen, sondern mit ihm alle seine Anhänger, und insonderheit das preußische Junkerthum. (Beifall links. Unruhe rechts und in der Mitte.) — Abg. Dr. **Paasche** (nat.-lib.) wendet sich lebhaft dagegen, daß der Vorredner bei der gegenwärtigen Situation das Haus mit einer dreieinhalbstündigen Rede aufgehalten habe. (Lärm links.) Es sei das erste Mal, daß in diesem Hause eine Rede von solcher Länge gehalten worden sei, und Herr Stadthagen werde voraussichtlich noch länger reden. Auch seinem Freunde Gothein hätte er mehr politischen Takt zugetraut. (Stürmische Unterbrechung.) Gothein habe gestern die Rechte in unerhörter Weise angegriffen. Antrick's lange Rede bezwecke nicht eine gründliche Berathung, sondern sei nur eine ganz unnütze Zeitvergeudung. (Wiederholte stürmische Unterbrechung.) Nachdem die Kommission im Laufe der Sitzungen so gründliche Berathungen gepflogen, müsse man sich fragen, wozu denn noch diese langen Ausführungen? Die Linke wolle ja doch nicht belehren und auch nicht belehrt werden. Die Herren links wollten mit ihren Reden nur zum Fenster hinaus die Menge aufregen. (Unablässige Zwischenrufe von links. — Rufe aus allernächster Nähe des Redners veranlassen den Präsidenten zu der Bemerkung: „Meine Herren, wenn Sie den Redner so aus nächster Nähe immer unterbrechen wollen, muß ich Sie bitten, sich auf Ihre Plätze zu begeben.“ Große Heiterkeit. Die Abgeordneten räumen nur zögernd den Platz vor dem Präsidententische.) Abg. Dr. **Paasche** fährt fort: Nach den Erklärungen, die gestern der Reichskanzler abgegeben hat und die so bestimmt gelautet haben, kann man nicht mehr erwarten, daß die verbündeten Regierungen nun über den Entwurf hinausgehen werden. Wer es ernst nimmt mit dem Wunsche, der Landwirthschaft zu helfen, der muß also jetzt gern oder ungern das Opfer bringen und auf weitergehende Forderungen verzichten. Was geschieht denn, wenn die Vorlage scheitert? Selbst wenn nicht die bestehenden Handelsverträge erneuert werden, sondern wenn die Sätze des autonomen Tarifs in Kraft treten, selbst dann würden Sie doch als Maximum nur den 5 Mark-Zoll haben. Scheitert die Vorlage, so werden Landwirthschaft und Industrie geschädigt. Der Landwirthschaft muß aber schnell geholfen werden. Deshalb nehmen Sie den Entwurf an, wie ihn die Regierung vorschlägt. (Beifall bei den Nationalliberalen.) — Abg. Graf **Kanitz** (kons.): Wenn die Regierungen über den Entwurf absolut nicht hinausgehen wollen und wir so vor ein fait accompli gestellt werden, warum wollen wir da eigentlich noch in Berlin bleiben und zuhören, was da Alles dort geredet wird. 1887 ging es mit der Zolltarifvorlage glatter, und dabei liegen jetzt die Verhältnisse für die Landwirthschaft noch viel ungünstiger als damals, wegen der niedriger gewordenen überseeischen Frachten. Vielleicht hat hier der Morgantrust seine Hand im Spiele. Wird der Mittellandkanal gebaut, so würde noch viel mehr amerikanisches Getreide hereinkommen. Rußland hat seine Eisenbahntarife für Getreide immer mehr herabgesetzt, dabei ist die Belastung der Landwirthschaft mit der amerikanischen Steuerreform noch gestiegen. Was die Brotvertheuerung anlange, so sei es Thatsache, daß den weichenden Getreidepreisen die Brotpreise nicht gefolgt seien. Die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen sei vielmehr immer größer geworden. Zum Theil liege das auch an den städtischen Abgaben auf Brot, wie auf Fleisch. Diese städtischen Abgaben müßten unter allen Umständen einmal fallen. Für die Handelsvertragsverhandlungen würden die Schwierigkeiten nur größer werden. Von anderer Seite wird immer betont werden, daß wir die Handelsverträge unbedingt brauchten. Namens meiner Fraktion habe ich zu dem Antrage Wangenheim Folgendes zu erklären (Hört, hört!): „Den Zollerhöhungen, welche sich auf Roggen und Weizen beziehen, wird eine große Mehrheit meiner Fraktion zustimmen; ferner gedenkt meine Fraktion mit Herabsetzung einer großen Anzahl Industriezölle vorzugehen für den Fall, daß die Interessen der Landwirthschaft im Tarif nicht genügend gewahrt werden.“ (Bravo links.) — Abg. **Herold** (Centr.): An der Nothlage der Landwirthschaft läßt sich nicht zweifeln. Brotwucher verurtheilen auch wir. Aber wer treibt denn Brotwucher? Derjenige, der nur seine nothwendigen Produktionskosten zu decken sucht, oder Derjenige, der das Brot zu einem Preise essen will, durch den Millionen Existenzen ruinirt werden? (Lachen links.) Die Verwirklichung der Forderungen des Antrags Wangenheim sind in diesem und jedem künftigen Reichstage aussichtslos. Eine bloße Demonstration aber machen wir nicht mit; wir beschränken uns auf das Erreichbare. Der Antrag ist auch offenbar nur gestellt, um die Agitation fortsetzen zu können, ein Vorgehen, das nur den Sozialdemokraten zu Gute kommt. Ueber die Erklärung des Grafen Kanitz Namens der Konservativen kann ich nur mein außerordentliches Befremden ausdrücken. Im Gegensatz zu den konservativen Herren hier hat die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses sich einstimmig für den Kompromißbeschluß der Kommission ausgesprochen. Die Herren hier wollen wohl nur nach außen dokumentiren, daß sie für die Interessen der Landwirthschaft so ganz besonders thätig seien. Sehr überrascht hat mich auch der heute eingegangene Antrag Heim (der 6 Mark für alle vier Hauptgetreidearten fordert). Redner tritt dann eingehend für die Kommissionsbeschlüsse ein. Insoweit wirklich eine kleine Mehrbelastung eintreten könnte, habe der Centrumsantrag wegen Verwendung der Mehrerträge für die Wittwen und Waisen einen Ausgleich geschaffen. (Lachen links.) Wenn sich jetzt die Parteien auf der mittleren Linie der Kommissionsbeschlüsse verständigten, sei zu hoffen, daß das ebenso und noch mehr in's Gewicht fallen würde, wie die Anschauungen der verbündeten Regierungen. Wenn Herr Paasche sagt, daß nach den Erklärungen des Reichskanzlers die Verwirklichung der Kompromißbeschlüsse ausgeschlossen sei, so werde damit nichts Geringeres proklamirt, als die absolute Unfähigkeit des Reichstags, seine Anschauungen durchzusetzen. An den Kommissionsbeschlüssen würden jedenfalls die Handelsvertragsverhandlungen nicht scheitern, sobald bei diesen Verhandlungen die Regierung nur die nöthige Festigkeit zeige. Wenn der Reichstag nur immer ja sagen solle,

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so versäumen Sie nicht, den **Hirsch am Rauchhaus,** Webergasse-Scheffelstrasse, zu besuchen.